



2009

60 Jahre

Bundesrepublik Deutschland

**Am 23. Mai 2009 tritt das
Grundgesetz mit seiner
feierlichen Unterzeichnung und
Verkündung in Kraft.**

Stand der Reihe 2/2008

Erstellt von Dr. Ernst Leuninger



Inhaltsverzeichnis

- 1. Die Situation nach dem Krieg**
- 2. Der parlamentarische Rat**
- 3. Die Entwicklung in der russischen Zone**
- 4. Die Gründung der Bundesrepublik**
- 5. Die Ära Adenauer**
- 6. Die endsechsziger Jahre**
- 7. Die Wiedervereinigung**
- 8. Weitere Schwerpunkte der Entwicklung**
- 9. Die Listen der Präsidenten und Kanzler**
- 10. Einige Handlungsperspektiven**

1 Die Situation nach dem Krieg

Das Dritte Reich, das als Diktatur 1933 mit Hitler kam führte zur dunkelsten Phase der deutschen Geschichte.

Vernichtung der Juden über Deutschland hinaus (etwa 6 Millionen), Kriegstote weltweit 50-60 Millionen.

1944 am 20. Juli scheiterte ein Putschversuch, den viele mit dem Leben bezahlen mussten.

Zum Ende war das Land vom Krieg ausgeblutet und zerstört.

Am 7. Mai 1945 endete der Krieg und die Diktatur mit der totalen Kapitulation Deutschlands.

Neben der militärischen war vor allem die wirtschaftliche aber auch die moralische Niederlage äußerst groß



KZ Auschwitz



Köln 22.3.1945



Deutschland hatte 7,3 Millionen Kriegstote.

Reparationen mussten bezahlt werden.

Die Währung war zerstört, Hunger herrschte.

Deutschland wurde im Osten auf die Oder-Neiße Linie begrenzt und verlor damit die östlichen Gebiete.

In diese Situation kamen noch 13,7 Millionen Heimatvertriebene aus diesen Gebieten und dem Sudetenland.

Die Besatzungsmächte hatten Deutschland in vier Zonen, amerikanisch, britisch, französisch, russisch, eingeteilt.

Die Besatzungsmächte hatten die alleinige Regierungsgewalt.

In den einzelnen Besatzungszonen übte der jeweilige Militärgouverneur die oberste Gewalt aus.

In einer Erklärung wurde deutlich gemacht, dass man das deutsche Volk nicht vernichten oder versklaven, sondern auf dem Weg zur Demokratie begleiten wolle (Potsdamer Konferenz 17. Juli 1945).

Dazu gehörte auch die Einrichtung eines Kontrollrates, in dem die vier Militärgouverneure gemeinsam die oberste Gewalt ausübten.

Deutschland sollt entmilitarisiert und entnazifiziert werden.

Deutschland sollte zwar ein einheitlicher Wirtschaftsraum bleiben, aber die Wirtschaft sollte dezentralisiert und reduziert werden. Vor allem die Landwirtschaft sollte gefördert werden.



Kontrollrat Berlin 1947

Die Grenzen zwischen den Zonen konnten nicht ohne besondere Berechtigung überschritten werden.

Auf der Basis der bisherigen Länderentwicklung in Deutschland, bei Zerschlagung des Landes Preußen, wurden in den einzelnen Besatzungszonen Länder gebildet.

So entstanden Hessen in der Amerikanischen Zone und Rheinland-Pfalz in der Französischen Zone.

Auf der Ebene der Länder und Zonen bildeten sich Parteien, so die SPD aber auch als neue Partei die CDU, die bewusst über die Katholiken hinausging und evangelischen Christen mit einschloss.

1945 kam das Saarland in französischen Einflussbereich, kam aber 1955 nach einer verlorenen Volksabstimmung wieder an Deutschland.

Die Errichtung von Ländern begann schon im August 1945.

Die Länder erhielten von den Besatzungsmächten eingesetzte und kontrollierte Ministerpräsidenten.

Es wurden Verfassungen entwickelt und schon 1946 zur Volksabstimmung vorgelegt. Die ersten Landesparlamente entstanden.

Das galt vor allem für Westdeutschland.



Karte der Bundesländer heute

Über die weitere Entwicklung eines an sich von den Siegermächten gewollten einheitlichen deutschen Staates kam es zu keinem Einverständnis zwischen den Westmächten und der Sowjetunion.

Mit dazu trug bei, dass Großbritannien und die USA sich weigerten, den hohen Anteil der Reparationen an Russland, der eigentlich den Westzonen zukam, zu zahlen.

Großbritannien und die USA gründeten die Bizone, die ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bewirken sollte. Wegen der gewachsenen Ost-West-Spannung wollte man die wirtschaftlichen Kapazitäten Deutschlands für den Aufbau Westeuropas.

Die Bizone wurde in die „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa“ (OEEC) einbezogen. Später schloss sich Frankreich an.

Nach dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 wurde die Bizone und zugleich die Mitverantwortung der Deutschen durch einen Wirtschaftsrat gestärkt



Konferenz der
Militärgouverneure und
Länderchefs der
„Bizone“ in Frankfurt am
Main (7.-8. Januar 1948)

Schon 1948 konnte sich Ludwig Erhard (1887-1977) mit seiner Idee der sozialen Marktwirtschaft durchsetzen (Wohlstand für alle).

Er war Wirtschaftswissenschaftler in Nürnberg und wurde schon 1945 Wirtschaftsminister in Bayern,

Als Direktor des vereinigten Wirtschaftsgebietes bereitete er die Währungsreform vor und von 1949 - 1963 war er Bundeswirtschaftsminister und einige Jahre Bundeskanzler. Er starb 1977.

Den Begriff der sozialen Marktwirtschaft prägte Alfred Müller-Armack (1901-1978). Er war Nationalökonom (Freiburger Schule) und gehörte zu den Begründern dieser Marktwirtschaft in Deutschland. Er leitete unter Erhard die später Grundsatzabteilung im Wirtschaftsministerium.

Das Geldwesen wurde neu geordnet und am 20. Juni 1948 kam die Währungsreform auf der Basis des Wechsels von 10 Rentenmark zu 1 Deutschen Mark.



2 Der parlamentarische Rat

Am 6. März 1948 wurde in London unter Ausschaltung der Sowjetunion ein föderativer westdeutscher Staat beschlossen.

Daraufhin verließ die Sowjetunion den Kontrollrat, die begonnene Teilung Deutschlands fing an, deutlich zu werden.

Unter dem Außenminister der USA wurde der Marshallplan beschlossen, ein umfassender Hilfsplan für die wirtschaftliche Entwicklung Europas. Deutschland sollte zu den Empfängerländern gehören.

Es kam zur Blockade Westberlins durch die Sowjetunion. Über 13 Monate wurde Westberlin durch die Westmächte über eine Luftbrücke versorgt.

Die deutschen Ministerpräsidenten wollten zwar die Einigung der Westzonen, aber keine Quasistaatsgebilde, weil dies die Einigung Deutschlands hindern könnte. Sie gaben schließlich dem Druck der Militärgouverneure nach, zumal auch der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter betonte, dass die Teilung faktisch vorhanden sei.

Die Länderkammern wählten einen parlamentarischen Rat, der ein Grundgesetz ausarbeitete, Konrad Adenauer wurde Vorsitzender.



Damit waren die Weichen für einen westdeutschen Teilstaat gestellt.

Am 1. September 1948 bildeten in Bonn 65 Frauen und Männer den "Parlamentarischen Rat."

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes mussten vor allem die richtigen Lehren aus der Vergangenheit ziehen.

Das Scheitern von Weimar und die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten waren ihnen bewusst.

Wie sollte ein Bundestag gewählt werden, wie mächtig sollte der Bundeskanzler sein, welche Aufgabe sollte der Bundesrat haben?

Viele Fragen waren zu beantworten bis das Grundgesetz am 23. Mai 1949 verabschiedet wurde konnte und mit ihm die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eintrat.

Das Grundgesetz entsprach den Prinzipien einer westlichen Demokratie und war auf eine repräsentative (nicht plebiszitäre) Demokratie ausgelegt.

Der Parlamentarische Rat hat das vorstehende Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in öffentlicher Sitzung am 1. Mai des Jahres Eintausendneunhundertsechundvierzig mit dreißigfünf gegen zwölf Stimmen beschlossen. Zu Urkunde davon haben sämtliche Mitglieder des Parlamentarischen Rates die vorliegende Urchrift des Grundgesetzes eigenhändig unterzeichnet.

BONN AM RHEIN, des 23. Mai des Jahres
Eintausendneunhundertsechundvierzig.

Konrad Adenauer

PRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Adolph Schäfers

I. VIZEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Kernan Pfister

II. VIZEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

3 Die Entwicklung in der russischen Zone

Der Aufbau der staatlichen Organisation in Ostdeutschland unter der Führung der Sowjetunion bis zur Wiedervereinigung 1989

Die entsprechenden Viermächteabkommen wurden von der Sowjetunion zu Beginn eingehalten.

Verschiedene Parteien wurden genehmigt (CDU, LDPD = Liberal Demokratische Partei Deutschland).

Die Parteien beschlossen die Errichtung einer Einheitsfront gegen die Faschisten.

Sie gerieten immer mehr unter den Druck und die Vorherrschaft der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands).

Die Herrschaft hatte die SMAD (sowjetische Militäradministration Deutschlands)

Die Kommunalverwaltungen wurden aufgebaut und Gemeindewahlen durchgeführt.

Mit der kleinen kommunistischen Partei allein war eine Systemveränderung nicht zu erreichen, so wurde mit der SPD zur SED (Sozialistische Einheitspartei) fusioniert.

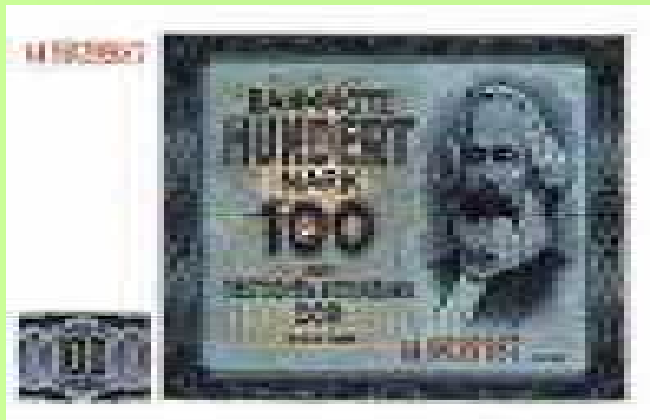
Sie wurde mehr und mehr zu einer Partei im stalinistischen Muster.

Es wurde eine eigene Währungsreform durchgeführt.



SPD

KPD



Ausgabe 1964



Mit diesem Wertgutschein,
eingetauscht 1 zu 1 mit
Westgeld, konnte in Intershops
eingekauft werden

1949 wurde die DDR gegründet, bei den Wahlen gab es nur Einheitslisten unter Führung der SED.

Die Landwirtschaft wurde kollektiviert, Industrie und Handwerk verstaatlicht.

Die Reisemöglichkeiten nach Westdeutschland wurden immer mehr eingeschränkt.

In der Stasi wurde ein intensives Spitzelsystem aufgebaut.

Wer nicht der Partei oder einer ihrer Organisationen angehörte hatte gesellschaftlich und beruflich kaum Chancen.

1968 entsandte Ulbricht Truppen der DDR zur Niederschlagung des Aufstandes in die Tschechoslowakei
Wirtschaftlich war die Lage desolat, die ostdeutsche Mark erhielt keine internationale Anerkennung.

4 Die Gründung der Bundesrepublik

Die Landtage gaben, außer Bayern, dem Grundgesetz ihre Zustimmung.

Am 14. August 1949 wurde der erste Bundestag gewählt.

Am 21. September 1949 trat das neue Besatzungsstatut in Kraft, die Militärregierungen wurden aufgelöst.

An die Stelle der Militärgouverneure traten Hohe Kommissare, die die demokratische Entwicklung des neuen Staates kontrollierten und garantierten.

Dieser Staat war noch kein souveräner Staat im Vollsinn des Wortes, aber ein Anfang einer Entwicklung eines demokratischen Deutschlands.

Dieser Staat wurde voll in den Westen integriert.

Die erste Regierung bildete Konrad Adenauer (Kanzler von 1949-1963) mit CDU/CSU, FDP und DP (Deutsche Partei).

Theodor Heuß wurde der erste Bundespräsident von 1949-1959.

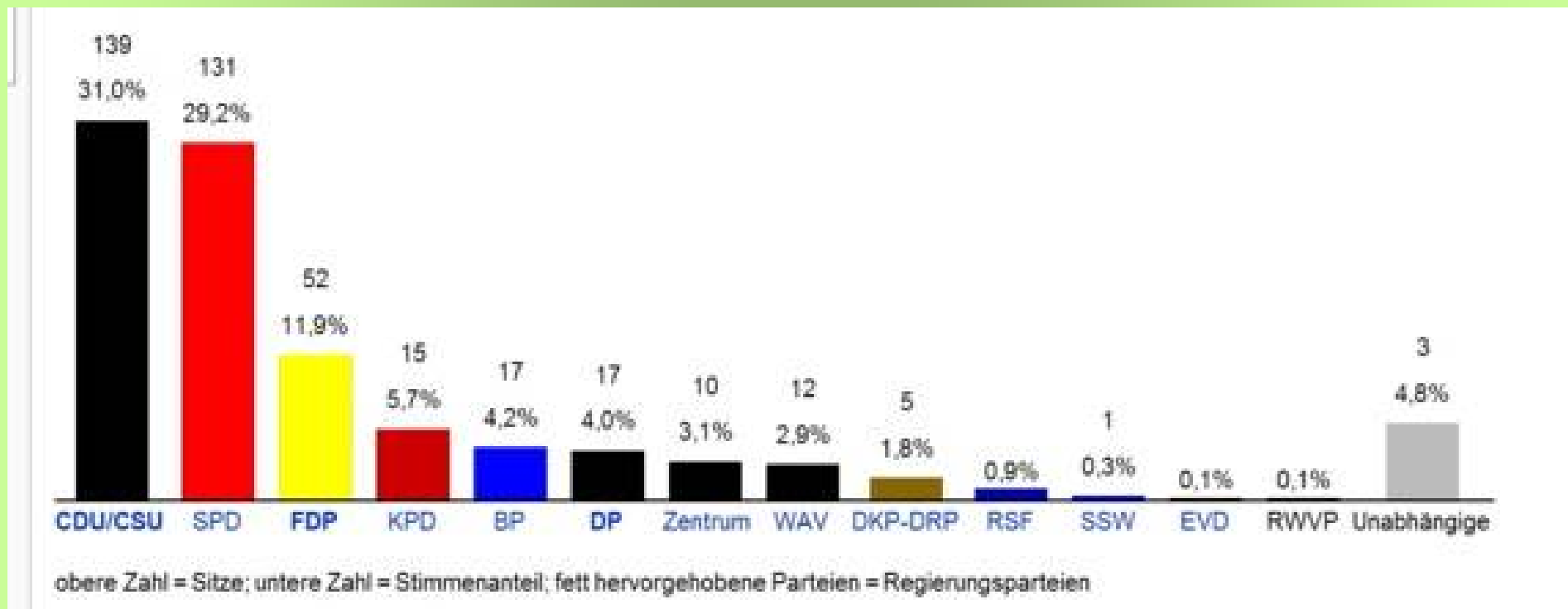
Der Sitz von Parlament und Regierung wurde Bonn.



Insgesamt gehörten dem ersten Bundestag (einschließlich der Berliner) 410 Abgeordnete an.

Da die Berliner Abgeordneten nur eingeschränktes Stimmrecht besaßen, werden diese häufig nicht als Parlamentarier mitgezählt. In diesem Fall kommt man auf 402 Abgeordnete.

Die hohe Wahlbeteiligung von 78,5 % wurde politisch auch als Zustimmung des Wahlvolkes zum Grundgesetz gewertet, über das nur die Landtage abgestimmt hatten.



5 Die Ära Adenauer

In der ersten Phase der Bundesrepublik ging es vor allem um den Wiederaufbau.

Die CDU wandte sich dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft zu. Ludwig Erhard wurde als Wirtschaftsminister zum großen Förderer dieses Konzeptes.

Es beruht auf Kapitalbildung und Prinzipien der Marktwirtschaft, soll aber durch entsprechende Gesetze auch dem Anspruch eines sozialen Staates genügen, der auch das wirtschaftliche Wohlergehen möglichst aller Bürgerinnen und Bürger im Blick hatte.

Zum wirtschaftlichen Aufschwung trug wirksam der Marshallplan bei, welcher der Bundesrepublik wertvolles, international anerkanntes, Kapital zur Verfügung stellte.

Dadurch wurden auch in Deutschland gehortete Waren und Materialien frei und der Markt wurde wieder beschickt. Es gab wieder ein Angebot an Waren.

Mit dem Marshallplan 1947 kam ein Ende von Demontage und es begann der wirtschaftliche Wiederaufbau, der Morgenthauplan, der Deutschland wirtschaftlich kleinhalten wollte, verschwand.



The image shows a screenshot of a website article titled "Marshallplan". The article is in German and discusses the economic impact of the Marshall Plan in Germany. The main heading is "Wirtschaftliche Impulse des Marshallplans in Deutschland". Below this, there is a sub-heading "Wiederaufbau und Demontage" and the author "Dr. Silke Kiesel". The text begins with "Für Westdeutschland bedeutete die Umsetzung des Marshallplans auch ein rascheres Ende der Reparationen. Die USA hatten diesen von Anfang an skeptisch gegenüber gestanden und die ersten bis 1947 eine kritische Haltung zu dieser Maßnahme entwickelt. Aber für Frankreich waren sie profitabel und zudem ein geeignetes Mittel zur Schwächung des östlichen Nachbarn. Erst als deutlich wurde, dass die im Marshallplan für Frankreich vorgesehenen..."



Die Arbeitslosigkeit nahm ab und der allgemeine Wohlstand zu.

Dazu trug auch die kooperative Haltung der Gewerkschaften bei.

Im Gegensatz zur Zeit vor dem Dritten Reich waren an Stelle von Richtungsgewerkschaften (sozialistische, christliche...) Einheitsgewerkschaften gegründet worden, die eine große Stabilität in den Wirtschaftsprozess einbrachten.

Unternehmerverbände und Gewerkschaften erhielten die alleinige Kompetenz für Lohnabschlüsse, die sogenannte Tarifautonomie (in Tariffragen darf der Staat nicht hineinreden).

Die Renten wurden neu und für die ältere Generation wesentlich besser als bisher geregelt, für die Heimatvertriebenen wurde ein Lastenausgleich beschlossen.

Israel schloss mit der Bundesrepublik einen Wiedergutmachungsvertrag ab, der Israel wichtiges Kapital für den Aufbau des Landes zur Verfügung stellte.

Es wurde eine intensive Aussöhnungspolitik mit Frankreich betrieben.

Am 9. Mai 1950 schlug der französische Außenminister Robert Schuman daher vor, die gesamte französisch-deutsche Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Behörde zu unterstellen.

Dieser Schuman-Plan führte am 18. April 1951 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, auch „Montanunion“) durch Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

Die Institutionen dieser EGKS bildeten den Kern der späteren EU: eine Hohe Behörde mit supranationalen Kompetenzen (aus der später die Europäische Kommission wurde), ein Ministerrat als Legislative (heute Rat der EU) und eine Beratende Versammlung (das spätere Europäische Parlament).

Den nächsten Schritt bildeten 1957 die sogenannten Römischen Verträge, mit denen dieselben Staaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die Europäische Atomgemeinschaft (EAG bzw. Euratom) gründeten.

Ziel der EWG war die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, in dem sich Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte frei bewegen konnten.

Durch die Euratom sollte eine gemeinsame Entwicklung zur friedlichen Nutzung der Atomenergie stattfinden.



Die Bundesrepublik erhielt schrittweise fast völlige Souveränität.

Die Demontagen (Abbau von Werken als Reparation für die Siegermächte) wurden eingestellt.

Die Westmärkte wurden für Deutschland geöffnet.

Deutschland durfte Konsular- und Handelsbeziehungen zu anderen Staaten aufnehmen.

Das Saargebiet fiel nicht an Frankreich, sondern blieb bei Deutschland.

Die Westintegration der Bundesrepublik wurde zielstrebig betrieben.

Das führte zur Wiedereinführung des Militärs.

Der Bundestag beschloss 1954 grundsätzlich die Wehrhoheit der Bundesrepublik. Die Armee darf nur der Verteidigung dienen und ist über die NATO (westliches Verteidigungsbündnis unter Führung der USA) in die westliche Verteidigungsalliance integriert. Zuvor war die EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) am Einspruch des franz. Parlaments gescheitert.

Dies ging nicht ohne massive innere Auseinandersetzungen.

1955 erhielt die Bundesrepublik die volle Souveränität, das bezog sich aber nicht auf Westberlin.

Dabei behielten sich die Siegermächte eine Verantwortung für Berlin und Deutschland als ganzes vor; dies sollte in einem Friedensvertrag geregelt werden.



**1955 1. NATO-Konferenz
in Deutschland**



In den Tagen um den 17. Juni 1953 kam es in der Deutschen Demokratischen Republik zu einer Welle von Streiks, Demonstrationen und Protesten, die als Volksaufstand des 17. Juni bezeichnet werden. Es war der erste Volksaufstand im Ostblock.

Die gute wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik und die schwierigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der DDR führten zu einer nicht zu stoppenden Flucht aus der DDR.

Die Regierung der DDR ließ deshalb 1961 die Mauer bauen, um den Menschen den Zugang in den Westen zu verwehren.

Der immer deutlicher werdende weltweite Ost-West-Konflikt hatte seine sichtbare Grenze (mit Todesstreifen und Selbstschussanlagen) mitten in Deutschland.

Er kennzeichnete aber auch einen massiven geistigen Konflikt zwischen Kommunismus und westlich-demokratischen Systemen.

Dieser Konflikt hinterließ auch tiefe geistige Spuren in der Bundesrepublik.

Die Bundesrepublik bestand auf dem Anspruch, Deutschland außenpolitisch allein zu vertreten.



6 Die endsechsziger Jahre

Wirtschaftliche Abschwünge ab Mitte der 60er Jahre verunsicherten das politische System.

Hinzu kamen Studentenunruhen in vielen westlichen Ländern, verbunden mit Anfragen an das herrschende politische System.

Es bildete sich eine außerparlamentarische Opposition (APO).

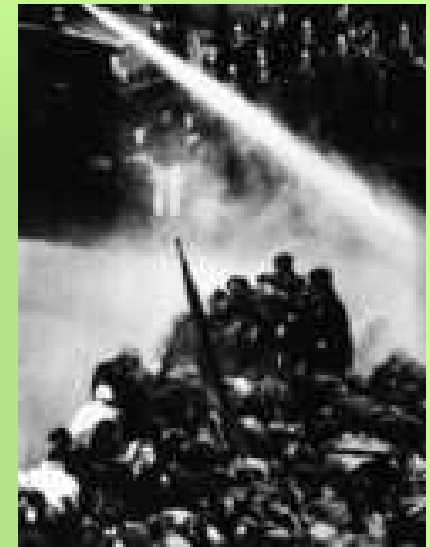
Gleichzeitig entstanden nach der Adenauerära Flügelkämpfe in der CDU/CSU, die letztlich über eine große Koalition mit der SPD zum Verlust der Macht an die SPD-FDP führten.

Insgesamt kam es geistig zu einer politischen Verschiebung nach links und zu deutlicher Betonung von Freiheit mit traditionskritischen Tendenzen, die auch in weite Kreise der Bevölkerung eindringen.

Die Nachkriegsära des Aufbaus war vorbei. Das politische System musste um neue Begründung ringen.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit des Dritten Reiches wurde noch einmal massiv angefordert. Zugleich wirkten politische Gestalten, wie der Führer der chinesischen Kommunisten Mao mit seiner sogenannten „Mao-Bibel“, intensiv auf die jüngere Generation.

1968 wurde nach heftiger Debatte in Gesellschaft und Bundestag die Notstandsverfassung verabschiedet, durch die bei besonderen Krisensituationen bestimmte Artikel des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt werden können.



7 Die Wiedervereinigung

Die Ostpolitik lockerte sich auf.

Es kam zu den Ostverträgen vor allem mit der Sowjetunion und Polen. Damit wurde der Gebietsverlust im Osten (Oder-Neiße-Linie) faktisch anerkannt.

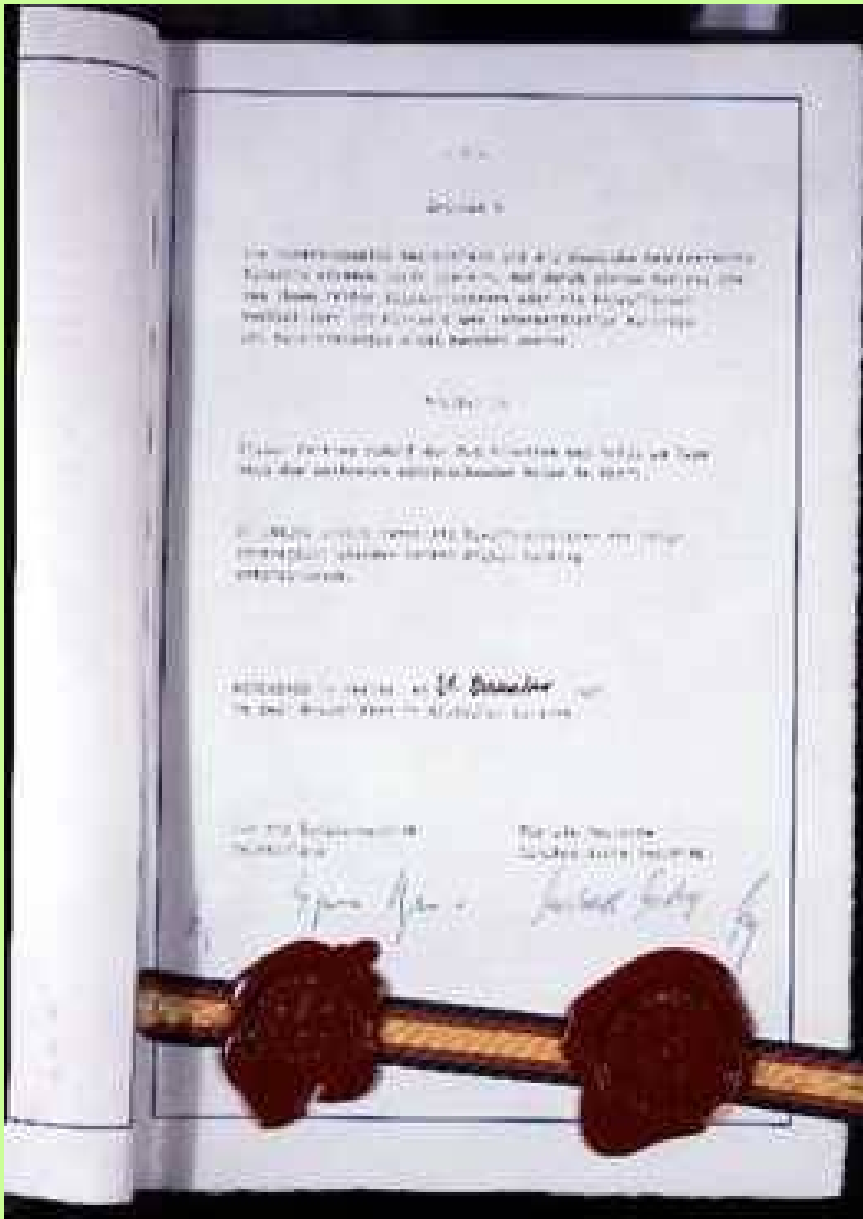
Die Beziehungen mit Polen normalisierten sich.

1971 wurde ein Viermächteabkommen über Berlin verabschiedet, das den freien Zugang von Westdeutschland nach Westberlin und umgekehrt gewährleistete.

Mit der DDR wurde 1972 ein Grundlagenvertrag abgeschlossen, der die Beziehungen zwischen beiden Ländern regeln sollte, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes wurde dadurch nicht außer Kraft gesetzt.

Die Bundesrepublik und die DDR wurden Mitglied der UNO.

Durch diesen Wandel in der Ostpolitik sollte die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten erreicht werden.



Unterschriftenseite des Grundlagenvertrages mit Siegeln beider deutscher Staaten und Unterschriften von Egon Bahr und Michael Kohl. Ost-Berlin, 21. Dezember 1972

Am 2. Mai 1989 begann Ungarn die Grenzanlagen zu Österreich abzubauen.

In der Folge versuchten Hunderte von DDR-Bürgern, über Ungarn in den Westen zu gelangen.

Gleichzeitig begaben sich viele in die Botschaften der Bundesrepublik in Budapest, Prag und Warschau und in die Ständige Vertretung in Ost-Berlin, um bundesdeutsche Reisepapiere zu erhalten.

Die bestürmten Botschaften mussten im August/September wegen Überfüllung geschlossen werden.

Am 19. August kam es infolge des Paneuropäischen Picknicks zu einer Massenflucht von DDR-Bürgern nach Österreich;

Ende August begannen in Bayern Vorbereitungen zur Errichtung von Notaufnahmелagern.

Am 10. September öffnete die ungarische Regierung die Grenzen nach Österreich und die Flüchtlinge konnten ausreisen.

Dies geschah teilweise organisiert durch DRK-Bustransporte über österreichisches Gebiet ins Notaufnahmелager Freilassing.



**Deutsche Botschaft in Prag
Zug aus Prag**



Am 30. September folgten die Botschaftsflüchtlinge in Prag und Warschau. Sie wurden mit verschlossenen Sonderzügen im Transit über DDR-Gebiet nach Westen gefahren. Während der Durchfahrt wurden Bahnhöfe abgesperrt, da immer wieder Menschen versuchten, auf die Züge aufzuspringen.

Auf dem Dresdner Hauptbahnhof gerieten Demonstranten und Sicherheitskräfte dabei in schwere Auseinandersetzungen. Im selben Monat hatte Ungarn bereits etwa 30.000 Ausreisewillige ohne Absprache mit der DDR ausreisen lassen.

In der DDR selbst kam es zu immer mehr Demonstrationen; vor allem die seit dem 4. September 1989 nach den wöchentlichen Friedensgebeten stattfindenden so genannten Montagsdemonstrationen in Leipzig gewannen starken Zulauf.

Am 9. Oktober 1989 hörte man auf einer Montagsdemonstration mit 70.000 Teilnehmern erstmals den Ruf „Wir sind das Volk“, mit dem politisches Mitspracherecht eingefordert wurde.

Trotz allem lud die DDR-Regierung unter Erich Honecker zur Feier zum 40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik nach Berlin ein.

Dabei wurden die Demonstrierenden gewaltsam von der offiziellen Parade ferngehalten.



Montagsdemonstration Leipzig
Oktober 1989

Am 9. November um 18:57 Uhr verlas Günter Schabowski im Fernsehen, dass ab sofort Privatreisen ins „Ausland“ (auch in die Bundesrepublik und nach West-Berlin) ohne Vorliegen von Voraussetzungen beantragt werden könnten. Die Genehmigungen würden kurzfristig erteilt. Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur Bundesrepublik erfolgen.

Tausende eilten an die Grenzen. Die unvorbereiteten Grenzsoldaten öffneten die Übergänge der Berliner Mauer und der Grenze zur Bundesrepublik, zunächst noch kontrolliert. später aufgrund des nicht zu bewältigenden Andranges unkontrolliert.



Der Vorsitzende des DDR-Ministerrates Hans Modrow, Bundeskanzler Helmut Kohl, der Regierende Bürgermeister (West-Berlin) Walter Momper und im Hintergrund zwischen Kohl und Momper der Oberbürgermeister (Ost-Berlin) Erhard Krack während der Öffnung des Brandenburger Tores am 22. Dezember 1989



Die Einheit musste kommen. Dies machten auch die Wähler bei der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 deutlich.

Die gewählte Koalitionsregierung unter der Führung des CDU-Politikers und Ministerpräsidenten Lothar de Maizière hatte das Ziel, den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 Grundgesetz vorzubereiten.



Seit dem 5. Mai 1990 berieten in den sogenannten Zwei-plus-Vier-Gesprächen die Außenminister der vier Siegermächte zusammen mit ihren Kollegen aus den beiden deutschen Staaten über die Ablösung der Rechte der Alliierten sowie die Haltung der Sowjetunion zur Bündniszugehörigkeit Gesamtdeutschlands.

Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow erteilte im Juli 1990 seine Zustimmung zur Deutschen Einheit,

Am 12. September unterzeichnen die sechs Außenminister in Moskau den Zwei-plus-Vier-Vertrag, mit dem die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich dem vereinigten Deutschland die volle Souveränität gewährten.



Bereits am 18. Mai 1990 wird der Vertrag über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnet,

Die DDR übernimmt ab dem 1. Juli 1990 große Teile der Wirtschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik, die West D-Mark wird einziges Zahlungsmittel in der DDR. Damit ist die Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik praktisch vollzogen.

Die Beratungen über den Einigungsvertrag, der den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik regelt, beginnen am 6. Juli in Berlin.

In einer Sondersitzung vom 23. August beschließt die Volkskammer den Beitritt der DDR nach Artikel 23 Grundgesetz für den 3. Oktober 1990.

Am 20. September stimmen Volkskammer und Bundestag dem Einigungsvertrag zu, vom Bundesrat wird er einstimmig verabschiedet.

In der Nacht zum 3. Oktober feiern die Menschen mit Glockengeläut und Feuerwerk in Berlin und in vielen anderen Städten Deutschlands den Tag der Deutschen Einheit, der den 17. Juni als offiziellen Feiertag ablöst.

Am 2. Dezember 1990 wird mit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl der 12. Bundestag gewählt - das erste frei gewählte gesamtdeutsche Parlament seit 1933.

Am 17. Januar 1991 wählt der Bundestag Helmut Kohl zum ersten gesamtdeutschen Bundeskanzler.



8 Weitere Schwerpunkte der Entwicklung

Die EU gründet auf den am 1. November 1993 in Kraft getretenen Vertrag über die Europäische Union, der zuletzt im Jahr 2001 durch den Vertrag von Nizza geändert wurde.


Seit 1979 wird ein europäisches Parlament gewählt.

2008 gehören ihr 27 Staaten an mit über 500 Millionen Menschen.

Nach einigen Erweiterungsrunden steht die EU derzeit vor internen Strukturproblemen. Der Europäische Rat hat daher am 13. Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon unterzeichnet, der grundlegende Probleme im Bereich des politischen Systems der Europäischen Union beheben soll. Seine Ratifizierung in den Mitgliedstaaten soll bis Mitte 2009 abgeschlossen sein, durch die Ablehnung des Vertrags in einem Referendum in Irland im Juni 2008 ist er in Frage gestellt.

Der Europäische Rat

„EU-Gipfel“
Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und der Präsident der Europäischen Kommission



unterstützt durch die Außenminister und ein Mitglied der Kommission. Halbjährlich finden mindestens zwei Gipfeltreffen statt

Europäische Union

- Europäische Gemeinschaft
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- Zusammenarbeit auf den Gebieten der Justiz und der Innenpolitik

EU-Vertrag, Artikel 1:

»Der Europäische Rat gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen für diese Entwicklung fest.«

ZAHLENBILDER 714 C80

© Erich Schmidt Verlag



Der wirtschaftliche Aufschwung begann nach der Währungsreform (1948) etwa 1950. Die Arbeitslosenzahlen fielen.

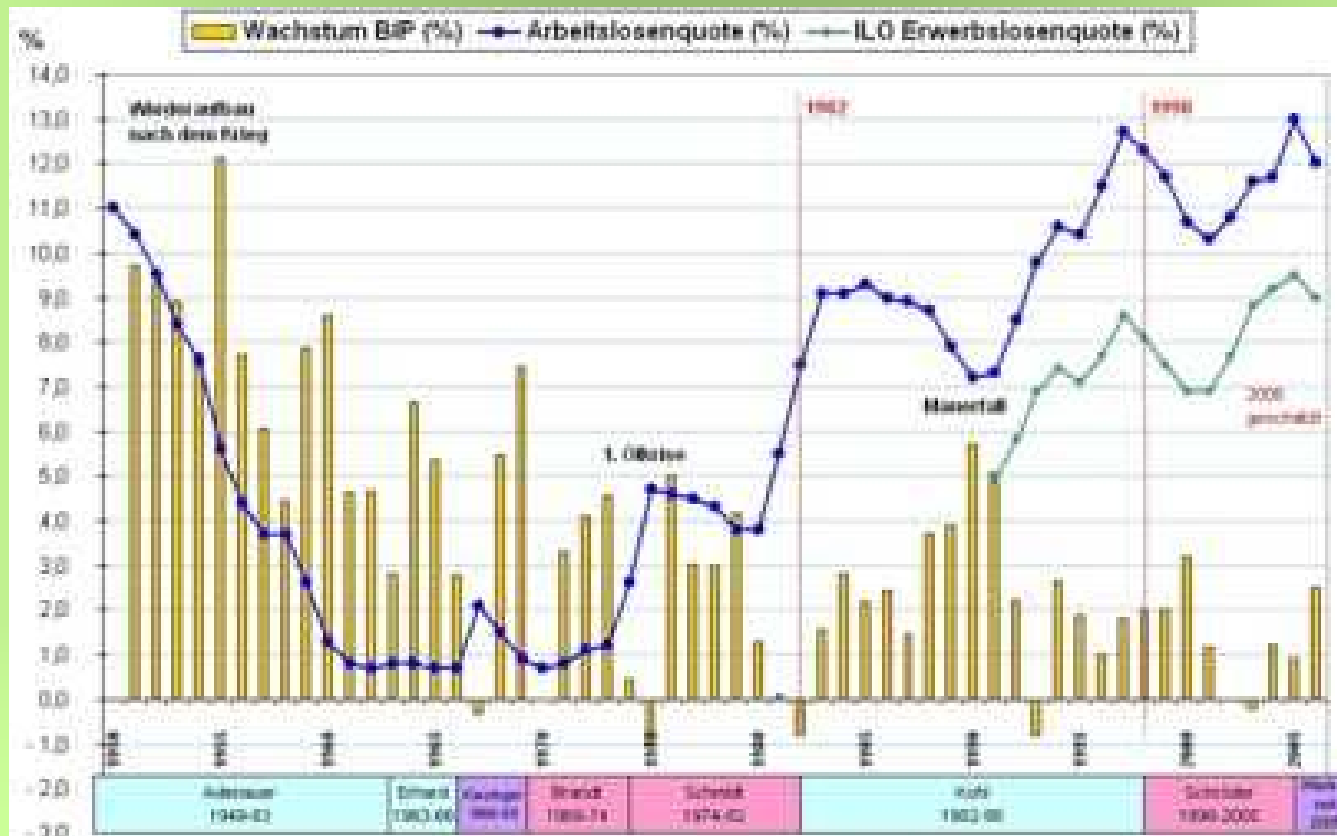
Ab der 1. Ölkrise in den 70iger Jahren fiel die Wirtschaft ab.

Nach dem Mauerfall vor allem durch die Situation in den neuen Bundesländer erneut.

Ab 2005 steigen die Ölpreise erneut dramatisch an.

Oktober 2008 haben wir trotzdem eine Arbeitslosigkeit bei 7,2% und unter Millionen, nachdem sie vorher bis 10,5% und 4.371.656 gestiegen war (August 2006)

Trotzdem: Nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird Deutschland im laufenden Jahr zum sechsten Mal in Folge Exportweltmeister.



Reichtum und Armut in Deutschland: 13 Prozent der Bundesbürger gelten laut dem 4. Reichtum und Armutsbericht (5.08) als arm, ebenso viele würden durch Sozialtransfers wie Kindergeld oder Arbeitslosengeld II vor dem Abrutschen in Armut bewahrt. Im Gegenzug seien die Einkünfte der Reichen weiter gewachsen. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet.

Besonders problematisch ist, dass die Zahl derjenigen, die arbeiten und trotzdem Gefahr laufen, in Armut abzurutschen, größer geworden. Wir haben zu niedrige Löhne in Deutschland und wir brauchen Mindestlöhne. Wir brauchen Mindestlöhne.

Es besteht vor allem auch bei Jugendlichen eine nicht unbedeutende Rechtsradikalität.

Weltweit gibt es eine dramatische Armut, diese kann uns nicht gleichgültig sein.

Die Frage der Nachhaltigkeit gewinnt an Bedeutung. Der CO²-Ausstoß muss reduziert werden und die Kernkraftwerke sind auf Dauer abzuschalten. Dies ist noch politisches Ziel. Nach Aussage von Greenpeace wäre dies für 2020 erreichbar, bei Abschaltung der Atomkraftwerke und Reduzierung des CO²-Ausstoßes um 40%.



Seit 1993 können sich Flüchtlinge, die über einen sicheren Drittstaat (alle Nachbarländer) nach Deutschland eingereist sind, durch die Asylrechtsänderung nicht mehr auf Artikel 16a des Grundgesetzes berufen.

Die Zahl von Asylantragsstellern nimmt seit Jahren kontinuierlich ab. Haben im Jahr 2000 noch 78.564 Flüchtlinge einen Erstantrag auf Asyl gestellt, waren es 2004 nur noch 35.607. 2007 waren es 30.303.

Dabei sind mehr als 37 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht - ein neuer Rekord. Kriege, Umweltzerstörung und steigende Lebensmittelpreise sind die Gründe. Die UN rechnen mit weiter steigenden Zahlen.

Dabei benötigen wir Zuwanderung, denn der Kindermangel und die Überalterung der Gesellschaft schaffen schon heute bei den Renten große Probleme.



Die Finanzkrise: Welche Auswirkungen hatte die Liberalisierung der Weltmärkte auf Armutsregionen der Welt?

Das hat unter anderem dazu geführt, dass alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren verhungert. Täglich sterben über 100 000 Menschen am Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. 923 Millionen Menschen auf der Welt sind permanent schwerst unterernährt. Letztes Jahr waren es noch 854 Millionen Menschen.

Wie funktioniert diese Spekulation genau?

Die Schweizer Großbank UBS hat für ein Zertifikat auf Reis. Im Prospekt heißt es, dass dieses Zertifikat auf Reis außergewöhnlich hohe Profite verspricht.

Die großen Hedgefonds haben auf der Suche nach profitablen Anlegemöglichkeiten die Agrar-Rohstoffbörsen der Welt angesteuert und dort ihre Termingeschäfte aufgebaut. Sie haben auf Mais, Getreide und so weiter gewettet. Der Reispreis ist innerhalb von nur sechs Monaten um 83 Prozent gestiegen. Mais um 67 Prozent und Getreide um 111 Prozent.

Vor allem die Slumbewohner hat das weltweit zuerst getroffen. Die Spekulanten sollten jetzt vor ein Tribunal kommen, das sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In den USA gab es umfangreiche Investitionsspekulationen, die zu einer Bankenkrise führten, die wiederum zu eine weltweiten Finanzkrise wurde und zu einer umfassenden Wirtschaftskrise werden kann.

Von den Regierungen wird versucht, gegenzusteuern.

Dies ist eine Herausforderung an die Welt zur Neubesinnung.



9. Die Listen der Präsidenten und Kanzler

Präsidenten

1949-1959 Theodor Heuss FDP 31.1.1884-12.12.1963

1959-1969 Heinrich Lübke CDU 14.10.1894-6.4.1972

1969-1974 Gustav Walter Heinemann SPD 23.7.1899-7.7.1976

1974-1979 Walter Scheel FDP *8.7.1919

1.7.1979-1984 Karl Carstens CDU 14.12.1920-30.5.1992

1984-1994 Richard von Weizsäcker CDU *15.4.1920

1994-1999 Roman Herzog CDU *5.4.1934

1999-2004 Johannes Rau SPD *16.1.1931

seit 2004 Horst Köhler CDU *22.2.1943

Kanzler

14.8.1949-1963 Konrad Adenauer CDU 5.1.1876-19.4.1967

1963-1966 Ludwig Erhard CDU 2.4.1897-5.5.1977

12.1966-1969 Kurt Georg Kiesinger CDU 6.4.1904-9.3.1988

1969-1974 Willy Brandt SPD 18.12.1913-8.10.1992

16.5.1974-1982 Helmut Schmidt SPD *23.12.1918

1982-1998 Helmut Kohl CDU *3.4.1930

1998-2005 Gerhard Schröder SPD *7.4.1944

seit 2005 Angela Merkel CDU *17.7.1954

10 Einige Handlungsperspektiven

- 1. Am Anfang der Bundesrepublik stand die soziale Marktwirtschaft und der Wohlstand für alle, dies muss wieder Grundlage des Sozialstaates werden.**
- 2. Dazu gehört vor allem soziale Gerechtigkeit, die jedem ein Leben in Würde garantiert und Verteilungsgerechtigkeit beinhaltet.**
- 3. Eine Altersvorsorge muss in ihrer Grundlage aus einem staatsfinanzierten Element bestehen, denn die Arbeit allein kann diese nicht mehr tragen.**
- 4. Bildung ist die einzige Ressource die wir haben und diese muss besser gefördert werden.**
- 5. Die Familien und ihre Erziehungsaufgabe müssen besser gefördert werden, den sie leisten vor allem die Zukunftssicherung.**
- 6. Europa muss sozial gestaltet werden.**
- 7. Wir brauchen eine neue nationale, übernationale und Weltwirtschaftsordnung die von ethischen Prinzipien wie Solidarität und Ehrlichkeit ausgeht. Diese muss auch kontrolliert werden.**
- 8. Insgesamt bedarf es einer Solidarisierung mit den Problemen der armen Menschen und Länder, eine sozialer Staat gilt auch für die Weltgemeinschaft.**
- 9. Dazu bedarf es der demokratischen Stärkung der Weltorganisationen im Sinne von Weltordnungspolitik (Global Governance) unter der Leitidee, dass wir alle Nachbarn sind.**
- 10. Es geht um den weltweiten Aufbau einer Kultur des Friedens.**

